

BM

Das Magazin für
Beamtinnen und Beamte

AUSGABE 10 • 2020

DGB



DIE IDEE SCHLANKER STAAT HAT SICH BLAMIERT

EIN AUSBLICK AUF DEN DGB PERSONALREPORT 2020

INTERVIEW

Andreas Spieker, Vorsitzender des HPR
im Sächsischen Staatsministerium

AUS DEN GEWERKSCHAFTEN

IG BAU: Arbeitsbelastung
in der Forstwirtschaft gestiegen



Die bessere Bank für Beamte und den öffentlichen Dienst.

Ihre Vorteile auf einen Blick

- ✓ **Speziell ausgebildete Berater**
für den öffentlichen Dienst
- ✓ **Attraktive Produktvorteile**
wie z. B. 0,- Euro Girokonto¹ für
Berufsstarter, Zinsrabatte für
Finanzierungen und günstige
Versicherungstarife
- ✓ **Exklusive Vorteilsangebote**
für Mitglieder von Gewerkschaften
und Verbänden
- ✓ **Informative Ratgeber und
regelmäßige Newsletter**
mit aktuellen Informationen aus
dem öffentlichen Dienst
- ✓ **Interessante Veranstaltungen**
wie z. B. Exklusive Abende für den
öffentlichen Dienst oder Fachvorträge
- ✓ **Seit fast 100 Jahren
Erfahrung und Kompetenz**
als Bank für Beamte und den
öffentlichen Dienst

¹ Voraussetzungen: BBBank-Junges Konto mit Online-Überweisungen ohne Echtzeit-Überweisungen, Genossenschaftsanteil von 15,- Euro/Mitglied ab 18 Jahren. Bis zur Vollendung des 27. Lebensjahres. Danach erfolgt die Umwandlung in ein Girokonto mit monatlichem Kontoführungsentgelt i.H.v. 2,95 Euro, girocard (Ausgabe einer Debitkarte) 11,95 Euro p.a.; Eingang Ausbildungsvergütung bzw. Gehalt/Bezüge ab Ausbildungsbeginn/Berufsstart. Stand: 01.07.2020

Interesse geweckt?

Wir sind für Sie da:
in Ihrer Filiale vor Ort,
per Telefon 0721 141-0,
E-Mail info@bbbbank.de
und auf www.bbbbank.de

Folgen Sie uns



BB  **Bank**
Better Banking



04

TITEL

Die Idee *Schlanker Staat* hat sich blamiert – Ein Ausblick auf den DGB Personalreport 2020 im Dienst der Gesellschaft



06

INTERVIEW

Andreas Spieker, Vorsitzender des Hauptpersonalrats im Sächsischen Staatsministerium (SMEKUL)

08 MELDUNGEN AUS BUND UND LÄNDERN

15 SERVICE

17 AUS DEN GEWERKSCHAFTEN

18 VERMISCHTES

LIEBE LESERINNEN UND LESER,

am 18. September hat das Statistische Bundesamt wieder die aktuellen Zahlen zur Personalausstattung im öffentlichen Dienst veröffentlicht. Wir geben im BM einen ersten kurzen Einblick. Ausführlich nachzulesen sind sie im neuen DGB Personalreport, der in diesen Tagen erscheint.

Die andauernde Corona-Pandemie traf die Gesellschaft Anfang des Jahres relativ unvermittelt. Für WissenschaftlerInnen, die sich mit der Ausbreitung von Viren oder mit der Zerstörung von Ökosystemen und der steigenden Gefahr von Zoonosen beschäftigten, also mit von Tier zu Mensch und von Mensch zu Tier übertragbaren Infektionskrankheiten, war sie indes keine Überraschung. Pandemien können eine global vernetzte Gesellschaft desaströs treffen, auch in Zukunft.

Dafür braucht es nicht zuletzt eine öffentliche Infrastruktur, die in den letzten Jahrzehnten oft fahrlässig „den Kräften des Marktes“ überlassen oder durch unzählige Sparrunden vernachlässigt wurde. Mit Blick auf den öffentlichen Dienst bewies Corona zwar, dass die Beschäftigten den Laden auch in dieser Ausnahmesituation am Laufen halten. Aber es wurden auch Problemzonen sichtbar, etwa eine löchrige Personaldecke in Gesundheitsämtern oder die Schwierigkeit, gut qualifiziertes Personal für den öffentlichen Dienst zu gewinnen.

Baustellen, auf denen wir gemeinsam etwas bewegen müssen, gibt es also reichlich.

Wir wünschen eine anregende Lektüre!



Niels Spilker

Politischer Referent,
Abteilung Öffentlicher Dienst
und Beamtenpolitik beim
DGB-Bundesvorstand

IMPRESSUM



Herausgeber: DGB-Bundesvorstand, Abteilung Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik, Henriette-Herz-Platz 2, 10178 Berlin | Verantwortlich für den Inhalt: Elke Hannack | Redaktion: Lisa Kranz, Danny Prusseit, Henriette Schwarz, Niels Spilker, Sigrid Werner | Verlag, Vertrieb und Anzeigenmarketing: INFO-SERVICE Öffentlicher Dienst/Beamte, Schulstr. 30 c, 67125 Dannstadt-Schauernheim | Telefon: 0179 4299228, Telefax: 0211 7300275, infoservice@beamten-informationen.de, www.dgb.de/beamtenmagazin, www.dgb.de/beamtenmagazinabo | Gestaltung: SCHIRMWERK, Essen | Titelbild: istockphoto/Bim | Druck: B & W Druck und Marketing, Bochum | Druck auf Recyclingpapier, aus 100 % Recyclingfasern, FSC®-zertifiziert | Erscheinungsweise: 10 mal im Jahr, im 27. Jahrgang / Jahresbezugspreis: 10,00 Euro inkl. Zustellgebühr | Jahresbezugspreis inkl. Taschenbuch „Wissenswertes für Beamtinnen und Beamte“: 22,50 Euro inkl. Zustellgebühr

DIE IDEE SCHLANKER STAAT HAT SICH BLAMIERT

EIN AUSBLICK AUF DEN
DGB PERSONALREPORT 2020

Das Statistische Bundesamt hat am 18. September aktuelle Zahlen zu den Beschäftigten im öffentlichen Dienst veröffentlicht. Der DGB Personalreport nimmt sie unter die Lupe, er erscheint in diesen Tagen. Das BM gibt einen ersten kurzen Einblick. Im Fokus stehen in diesem Jahr die Personalausstattung der Gesundheitsämter sowie die Arbeit beim IT-Dienstleister der hessischen Landesverwaltung.

4,88 Millionen Menschen arbeiteten am Stichtag 30.06.2019 im öffentlichen Dienst. Im Vergleich zum Vorjahr sind das 81.945 zusätzliche Beschäftigte. Dieses Plus konzentrierte sich aber vor allem auf drei Bereiche: Hochschulen (plus 17.865), Polizei (plus 6.890) und kommunale Kindertagesstätten (plus 12.365). 45 Prozent des Zuwachses fand in diesen drei Aufgabenbereichen statt. Und in einzelnen Bereichen wurde weiter Personal abgebaut. So hat der kommunale Aufgabenbereich Bauen zwischen 2012 und 2019 insgesamt 10.369 Stellen eingebüßt. Allerdings ist es schwer, anhand dieser abstrakten Zahlen eine bedarfsgerechte Personalausstattung abzuschätzen. Und es müsste einbezogen werden, dass 27 Prozent der Beschäftigten im öffentlichen Dienst 2019 älter als 55 Jahre waren und damit in den nächsten 10 Jahren in den Ruhestand gehen (zur Altersstruktur vgl. auch Abb. 1).

STRESSTEST CORONA

Die Arbeits- und Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes wurde wiederum eindrücklich im Zuge der Corona-Pandemie deutlich. Für die KollegInnen der Rettungsdienste, Polizei, Jobcenter, Krankenhäuser, Gesundheitsämter, aber auch in Schulen und Kitas waren die vergangenen Monate ein Stresstest. Das öffentliche Leben stand Kopf, und die Beschäftigten im öffentlichen Dienst hielten und halten den Laden am Laufen. Beispiel IT: „Während der ersten Corona-Phase wurde von hier aus sichergestellt, dass 40.000 Beschäftigte des Landes mobil arbeiten können. Was da geleistet wurde, kann man unseren KollegInnen gar nicht hoch genug anrechnen“, erklärt Holger Nickel im Personalreport. Er arbeitet als Softwareentwickler für die Hessische Zentrale für Datenverarbeitung (HZD), seit Mai ist er dort Personalratsvorsitzender. Ohne die Arbeit der IT-Spezia-



Foto: istockphoto/Bim

listInnen wäre die hessische Landesverwaltung im Lockdown nicht arbeitsfähig geblieben, ist er sich sicher.

Ein Stresstest ist Corona auch für die Gesundheitsämter. Seit Anfang des Jahres kämpfen dort HygieneinspektorInnen, PsychologInnen, SozialarbeiterInnen, ArzthelferInnen, Verwaltungsangestellte und ÄrztInnen dafür, die Ausbreitung der Pandemie zu bremsen. Dass sie in Deutschland bisher im Vergleich glimpflich verläuft, ist nicht zuletzt ihnen zu verdanken. Das findet auch Christine Scherzinger, selbst Amtsärztin und Vorsitzende des Hauptpersonalrats im Sozialministerium Baden-Württemberg. Besonders das absolute Wir-Gefühl in ihrem Gesundheitsamt in Baden-Baden habe sich bei ihr eingeprägt: „Das war toll. Alle haben mitgezogen. Dass die KollegInnen innerhalb kürzester Zeit so eine Leistung erbracht haben – aus dem Stand, das hat mich wirklich beeindruckt. Viele von denen, die ich schon lange kenne, haben fast Tag und Nacht gearbeitet.“ Auch am Wochenende sei gearbeitet worden, auch bis spät abends. Über Monate. „Da müssen wir jetzt durch, wir machen das jetzt“, erklärt Scherzinger das Motto der Beschäftigten.

In der Ausnahmesituation Corona wurden oft pragmatische Lösungen gefunden. Wie an vielen anderen Orten wurde auch in Baden-Baden Personal aus anderen Verwaltungsbereichen zur Verfügung gestellt. Das war für die Kontaktpersonennachverfolgung hilfreich, allerdings mussten diese temporären Kräfte vom Stammpersonal auch angelernt werden .

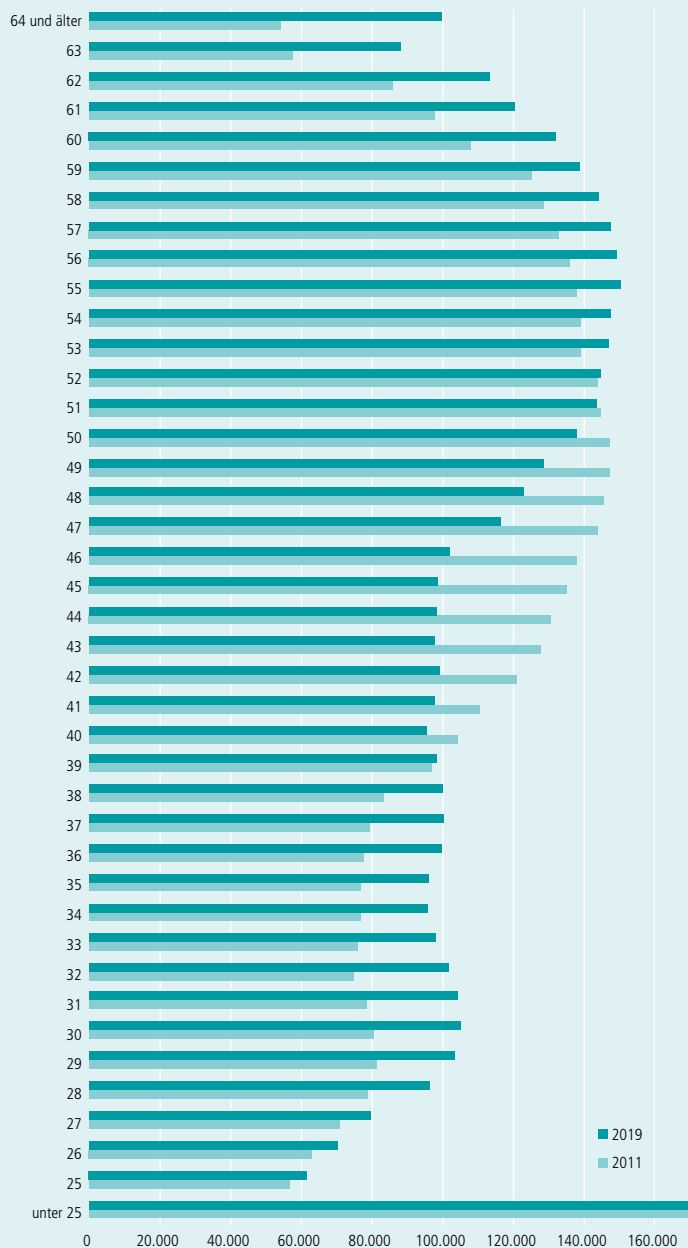
NACHWUCHSKRÄFTE HÄNDERINGEND GESUCHT

Corona offenbarte vielerorts eine löchrige Personaldecke. Auch in beiden untersuchten Praxisfeldern besteht Personalbedarf. Und es ist enorm schwer, gut qualifizierte Nachwuchskräfte zu finden. Der IT-Dienstleister HZD zum Beispiel sei mitten drin im demografischen Wandel, erklärt Holger Nickel. Innerhalb der nächsten fünf Jahre würde ein Drittel der Beschäftigten den Betrieb altersbedingt verlassen. Die Rekrutierung sei aber schwierig, weil die Gehälter mit denen der Wirtschaft verglichen würden. Selbst bei hochkarätigen Stellen sei die Bewerberlage oft dürrig.

Hier helfen nur gute Einkommens- und Arbeitsbedingungen. Nickel verweist hier auf die erstrittene neue Entgeltordnung mit einer IT-Regelung, durch die mehr Geld in der Tasche der KollegInnen lande. Daneben punkte die HZD aber auch durch weitere Benefits: „Die Arbeit ist sinnvoll und sicher. Die technische Ausstattung ist ordentlich. Wir haben das Jobticket für ganz Hessen, was für die PendlerInnen wichtig ist. Und die Vereinbarkeit Beruf und Familie läuft gut“, so sein positives Fazit.

Auch in den Gesundheitsämtern ist es schwierig, Fachkräfte zu gewinnen. Die Situation habe sich durch den Ärztemangel zugespitzt, weil die Bezahlung im Vergleich etwa zu Kliniken nicht attraktiv sei, erklärt Scherzinger: „Ich habe sehr viele Stellenausschreibungen miterlebt, wo die BewerberInnen toll und inte-

ABBILDUNG 1: ALTERSVERTEILUNG IM ÖFFENTLICHEN DIENST, VERGLEICH 2011 UND 2019



QUELLE: DGB PERSONALREPORT 2020 AUF BASIS VON:
STATISTISCHES BUNDESAMT FACHSERIE 14 REIHE 6 2011 UND 2019, TAB. 2.3.1

Abbildung 1 vergleicht die Altersverteilung im öffentlichen Dienst in den Jahren 2011 und 2019. Der Altersdurchschnitt lag in beiden Fällen knapp unter 45 Jahren. In beiden Jahren ist zu beobachten, dass die jüngeren Jahrgänge, die den unteren Teil der Grafik bilden, deutlich weniger VertreterInnen stellen. Die Zahl der Angehörigen eines Jahrgangs steigt mit zunehmendem Alter deutlich, die Altersverteilung ist also nicht ausgewogen. Aber es gibt auch Unterschiede. Die Zahl der jüngeren Beschäftigten hat zugenommen. Gleichzeitig wuchs der Anteil „55 und älter“ im gleichen Zeitraum von 22,5 auf 27 Prozent. Die Abbildung verdeutlicht, dass in den nächsten Jahren eine große Zahl von Beschäftigten altersbedingt ausscheidet.

ressiert und geeignet waren, dann aber wegen der Bezahlung abgesagt haben. Das soll nicht heißen, dass wir wenig verdienen, aber im Vergleich funktioniert es nicht. Schließlich sind die ÄrztInnen im öffentlichen Gesundheitsdienst keine ÄrztInnen zweiter Klasse.“ Als sie 1990 im Gesundheitsamt Raststatt angefangen habe, sei die Arbeit noch ein begehrter Job gewesen, weil ÄrztInnen dort halbtags arbeiten konnten. Mittlerweile ist das auch an Kliniken möglich.

NEUJUSTIERUNG STAATLICHER AUFGABEN

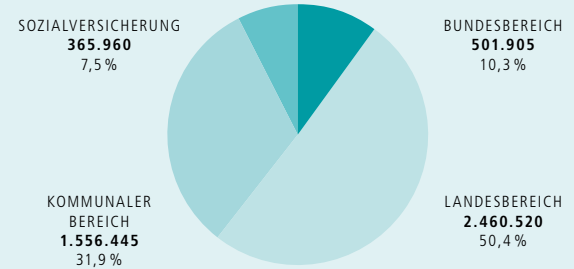
Die Personalausstattung bleibt Baustelle. In den Gesundheitsämtern fehlen ÄrztInnen, aber auch anderes Personal. Immerhin haben die Eindrücke der letzten Monate klargestellt, dass die KollegInnen dort nicht dauerhaft im Krisenmodus arbeiten können. Dem Pakt für den öffentlichen Gesundheitsdienst folgend,

WAS JETZT FOLGEN MUSS, IST DIE NEUJUSTIERUNG STAATLICHER AUFGABEN, UND DABEI MUSS INSBESONDERE DIE PERSONALAUSSTATTUNG THEMA SEIN.

ELKE HANNACK, STELLVERTRETENDE VORSITZENDE DES DGB

sollen in den nächsten zwei Jahren 5.000 neue Stellen in den rund 400 Ämtern geschaffen werden. Das ist ein richtiger Schritt, denn die Corona-Krise hat die Bedeutung einer stabilen öffentlichen Infrastruktur bestätigt.

ABBILDUNG 2: BESCHÄFTIGTE IM ÖFFENTLICHEN DIENST NACH BESCHÄFTIGUNGSBEREICHEN



QUELLE: DGB PERSONALREPORT 2020 AUF BASIS VON: STATISTISCHES BUNDESAMT FACHSERIE 14 REIHE 6, 2019, TAB. 1.2.1

„Das Leitbild des schlanken Staates hat sich in dieser Krise blamiert. In den letzten Monaten aufgehäufte Mehrarbeit und unzählige Überstunden zeugen davon“, kommentiert dann auch DGB-Vize Elke Hannack den aktuellen Report. Und fordert: „Was jetzt folgen muss, ist die Neujustierung staatlicher Aufgaben, und dabei muss insbesondere die Personalausstattung Thema sein.“

Im öffentlichen Dienst fehlt Personal an vielen Stellen. Selbst in der kommunalen Kinderbetreuung bleiben auch der seit 2012 geschaffenen knapp 70.000 Stellen zum Trotz weiterhin Lücken. Und nicht nur in der IT, sondern auch in vielen anderen technischen Berufen herrscht akuter Personalmangel. Fakt ist also: Der aktuelle Zuwachs bedeutet noch lange keine Trendwende.



Der Personalreport 2020 – Herunterzuladen unter: www.dgb.de/-/vyt

KLINIKEN UND SONSTIGE GESUNDHEITSEINRICHTUNGEN

Fachklinikum Borkum

Sonne – Wind – Meer. Das Fachklinikum Borkum ist Garant für Ihre Gesundheit. Das ganzheitliche Behandlungsangebot richtet sich an Erwachsene Patienten (auch mit Begleitkind). Behandlungsschwerpunkte sind: Asthma bronchiale und Heuschnupfen, Chronische Atemwegserkrankungen (z.B. COPD, obstruktive Bronchitis), Neurodermitis, Erkrankungen des atopischen Formenkreises, Chronische und allergische Hauterkrankungen (u.a. Kontaktekzeme, Urtikaria, Psoriasis).

www.fachklinikum-borkum.de



Psychosomatische Privatklinik in Bad Grönenbach

Die Akutklinik für Privatpatienten und Selbstzahler bietet Menschen mit psychischen Krisen und Erkrankungen eine umfassende ärztliche und psychotherapeutische Behandlung zur Krisenintervention und für tiefer gehende psychotherapeutische Prozesse an. Die Klinik bietet sowohl für eine kurzfristige Stabilisierung als auch für die psychotherapeutische Behandlung von langwierigen und komplexen Schwierigkeiten die richtige Therapie.

www.psychosomatische-privatklinik.eu





Fotos: istockphoto/Bim | Kay Herschelmann

„Der Erfolg muss kommen, sonst werden die Probleme mit der Personalausstattung noch größer.“

Die Personalausstattung im öffentlichen Dienst ist oft problematisch. Wie ist die Situation in Sachsen?

Aufgabenzuwachs, dünne Personaldecke, altersbedingte Abgänge, es gibt auch in Sachsen die üblichen Herausforderungen. Aber auch der „Geburtenknick“ ist ein Problem, also der Bevölkerungsschwund. Insgesamt sind Personalbedarfsplanung und Rekrutierung hier riesige Baustellen. Zum Beispiel werden ständig als „kommend wegfallend“ (kw) markierte Stellen von Haushaltsplan zu Haushaltsplan gereicht. Dadurch verlieren unsere Dienststellen ihre stellensystematische Planungssicherheit. Frei werdende Stellen können dann oft nur befristet besetzt werden. Und dies in einer Zeit, in der der Kampf um die besten Köpfe immer härter wird. Ein unsäglicher Zustand. Zudem treten zahlreiche Beschäftigte trotz Abschlüsse weit vor dem Erreichen der Regelaltersgrenze in den Ruhestand ein, was die Planbarkeit in der Personalsituation zusätzlich erschwert.

Du hast aktiv in der Personalkommission II mitgearbeitet. Was ist das für eine Kommission und was ist ihr Ziel?

Die Kommission wurde Ende 2018 ins Leben gerufen. Unter der Federführung der Sächsischen Staatskanzlei saßen dort alle LeiterInnen der Zentralabteilungen der Ministerien zusammen – und zwei BeschäftigtenvertreterInnen. Ziel war, die Grundlagen für eine an den Aufgaben orientierte Personalbedarfsplanung zu schaffen. Die Kommission tagte bis Anfang 2020 und hat dem Landeskabinett im Juli den Abschlussbericht überreicht.

Laut Ergebnisbericht steht auch Sachsen vor der Aufgabe, qualifizierte Fachkräfte für den öffentlichen Dienst zu gewinnen und zu binden. Was sind aus deiner Sicht die wichtigsten Empfehlungen?

Vorweg: Es lohnt sich, den Bericht selbst zur Hand zu nehmen. Der beschreibt die aktuelle Ausgangslage sehr genau. Die Ergebnisse unserer Diskussion wiederum beziehen sich auf ganz verschiedene Ebenen.

Andreas Spieker lebt in Dresden und ist Vorsitzender des Hauptpersonalrats im Sächsischen Staatsministerium für Energie, Klimaschutz, Umwelt und Landwirtschaft. Als Vertreter der Beschäftigten und Leiter der AG der Hauptpersonalräte hat er in der Kommission zur Ermittlung des künftigen Personalbedarfs im öffentlichen Dienst des Freistaates mitgewirkt (Personalkommission II).

Die Basis von allem sind fünf strategische Leitlinien, darunter die Forderungen nach einer modernen Führungskultur und nach attraktiven Arbeitsbedingungen. Die Kommission hat dann insgesamt 50 Handlungsempfehlungen formuliert und in acht Handlungsfeldern zusammengefasst. Das ergibt natürlich ein vielschichtiges Bild. Die Handlungsfelder im Bereich Personal etwa sind mit Handlungsfeldern aus dem Bereich Organisationsentwicklung verknüpft. Spannend sind die vielen ganz konkreten Vorschläge. Die kw-Vermerke sollen beispielsweise gestrichen werden. Oder im Bereich Personal, da wurden konkrete Empfehlungen zu Führung und Wertschätzung erarbeitet. Hier soll der Austausch über erlebte und gelebte Führung dabei helfen, die Zusammenarbeit im Team zu verbessern, über Austausch und Feedback-Verfahren.

Wie geht der Prozess jetzt weiter und wie schätzt du die Erfolgsaussichten ein?

Noch bis März des Jahres war ich der Überzeugung, dass viele der unterbreiteten Vorschläge Schritt für Schritt umgesetzt werden. Dann kam Corona. Politische Schwerpunkte haben sich seitdem verändert, finanzielle Ressourcen sind geschrumpft, die Verteilungskämpfe werden härter. Und trotzdem: Die eingangs dargestellten Probleme bleiben, daran ändert auch ein Virus nichts. Die Handlungsempfehlungen müssen jetzt inhaltlich angepasst und zeitlich priorisiert werden. Der Erfolg muss kommen, sonst werden die Probleme mit der Personalausstattung noch größer. Aber der Erfolg wird auch kommen, ich bleibe da optimistisch. Nur dauert es sicher länger.



NÜRNBERGER
VERSICHERUNG

Sie arbeiten für Menschen. Wir kümmern uns um Sie.

Als Selbsthilfeeinrichtung für den Öffentlichen Dienst erhalten Sie von uns stets die passende Versicherung und Vorsorge, besonders günstige Beiträge und einen herausragenden Service.

Holen Sie Ihr Angebot bei:
MBoeD@nuernberger.de

www.nuernberger.de

Einfach
passend für den
Öffentlichen
Dienst

MELDUNGEN

BUND

ALTERSGELD SOLL EUROPARECHTSKONFORM WERDEN

Scheiden BeamtInnen auf eigenen Wunsch aus dem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit aus, dann haben sie keinen Anspruch auf Beamtenversorgung. Stattdessen werden sie in der gesetzlichen Rentenversicherung nachversichert. Als Alternative führte der Bund 2013 das sogenannte Altersgeld ein. Seitdem können BeamtInnen vor Beendigung des Dienstverhältnisses eine Erklärung gegenüber dem Dienstherrn abgeben, dass sie anstelle der Nachversicherung das Altersgeld in Anspruch nehmen wollen. Damit wurde eine langjährige Forderung des DGB und seiner Mitgliedsgewerkschaften umgesetzt, da die Nachversicherung meist eine deutliche Schlechterstellung gegenüber dem bis zum Ausscheiden erworbenen Versorgungsanspruch bedeutet. Der Bund baute in das Altersgeldgesetz im Gegensatz zu einigen Bundesländern, die das Instrument ebenfalls einführten, allerdings zwei Mechanismen ein, die das Altersgeld weniger attraktiv machten. Zum einen kann der Anspruch erst nach einer Wartezeit von sieben Jahren entstehen. In den Ländern mit Altersgeld sind es wie im Beamtenversorgungsrecht fünf Jahre. Zum anderen wird das ermittelte Altersgeld mittels Kürzungsfaktor um 15 Prozent reduziert. Die beiden Instrumente sollten den Anreiz für ein Verlassen des Bundesdienstes abschwächen. Der DGB sieht das Altersgeld hingegen als positives Instrument zur Förderung der Mobilität zwischen öffentlichem Dienst und Privatwirtschaft und kritisierte die Einschränkungen stets. Mit Erfolg. Sie sollen nun durch eine Änderung des Altersgeldgesetzes entfallen. Dies sieht ein aktueller Referentenentwurf des Bundesministeriums des Innern, für Bau und Heimat (BMI) vor. Mit der Änderung kommt das BMI der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofs nach (Urteil vom 13.07.2016, Rs C-187/15 (Pöpperl)).



Foto: istockphoto/AndreyPopov

DEUTSCHE POST AG

LOHNSTEIGERUNGEN VON 5,0 PROZENT

In der dritten Runde der Tarifverhandlungen hat sich ver.di mit der Arbeitgeberin Ende September auf eine Entgeltsteigerung von 5,0 Prozent in zwei Stufen, deutlich höhere Auszubildenden-Vergütungen und eine Verlängerung des Ausschlusses betriebsbedingter Kündigungen bis zum 31. Dezember 2023 geeinigt. Der Tarifvertrag hat eine Laufzeit von 28 Monaten bis zum 31. Dezember 2022. Im Einzelnen sieht das Tarifiergebnis eine Lohnerhöhung von 3,0 Prozent zum 1. Januar 2021 und weiteren 2,0 Prozent zum 1. Januar 2022 vor. Die Vergütungen für Auszubildende und dual Studierende steigen zum 1. Januar 2021 um 50 Euro monatlich; zum 1. Januar 2022



erhöhen sie sich um weitere 40 Euro. Zur Würdigung des Engagements besonders in den letzten Monaten erhalten die Beschäftigten eine Einmalzahlung in Höhe von 300 Euro. „Das ist ein gutes Verhandlungsergebnis, das für die Beschäftigten eine nachhaltige Lohnerhöhung, Sicherheit und Perspektive bringt. Ohne das starke Engagement unserer Mitglieder wäre dies so nicht möglich gewesen“, sagte die stellvertretende ver.di-Vorsitzende und Verhandlungsführerin Andrea Kocsis.

BADEN-WÜRTTEMBERG

DGB BADEN-WÜRTTEMBERG TRIFFT SICH MIT CDU LANDTAGSFRAKTION

Mitte September trafen sich VertreterInnen des DGB Baden Württemberg und der Mitgliedsgewerkschaften des öffentlichen Dienstes

mit der CDU-Fraktion Baden-Württemberg. Mit Blick auf die im kommenden Jahr anstehende Landtagswahl war es der Gewerkschaftsseite wichtig, Themen anzusprechen, die schnellstens angegangen werden müssen, um die Leistungsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu stärken. Die Resonanz fiel gemischt aus. Während bei den Themen zusätzliches Personal für den öffentlichen Dienst und Eindämmung der Gewalt gegen Beschäftigte Einigkeit hinsichtlich des Handlungsbedarfs bestand, war die CDU bei den Themen Absenkung der Wochenarbeitszeit und Einführung der Pauschalen Beihilfe zurückhaltend. Der DGB bedauerte diese Sichtweisen, da gerade diese beiden Bausteine wichtig wären für eine Attraktivitätssteigerung des öffentlichen Dienstes als Dienstherr. Man werde insbesondere die kontroversen Themen auch in Zukunft weiterhin vorantreiben und dazu im Vorfeld der anstehenden Landtagswahl auch mit weiteren Fraktionen in Baden-Württemberg das Gespräch suchen.

BAYERN

GERECHTIGKEIT FÜR TEILZEITBESCHÄFTIGTE

BeamtInnen erwerben den Anspruch auf ein Ruhegehalt nach einer sogenannten Wartezeit. Diese beträgt im Versorgungsrecht in der Regel fünf Dienstjahre. Gemäß Bayerischem Beamtenversorgungsgesetz wurde Teilzeitbeschäftigten zum Erreichen der fünf Jahre die Dienstzeit dafür bislang nur entsprechend ihrer anteiligen Arbeitszeit angerechnet. Diese Regelung hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof mit Urteil vom 22.06.2020 (Az. 3 BV 18.1447) wegen einer ungerechtfertigten Benachteiligung von Teilzeitbeschäftigten und des Verstoßes gegen EU-Recht gekippt. Das Bayerische Staatsministerium der Finanzen und für Heimat hat dies im September bekannt gegeben. Damit haben zukünftig alle BeamtInnen, unabhängig vom geleisteten Arbeitszeitanteil, die gleiche versorgungsrechtliche Wartezeit nach fünf Dienstjahren zu erfüllen.

BERLIN

PERSONALRATSWAHLEN BERLIN:
WÄHLEN GEHEN, ZUKUNFT GESTALTEN!

Seit dem 1. Oktober und noch bis zum 15. Dezember finden in Berlin die regelmäßigen Wahlen der Personalvertretungen statt. Für die kommenden vier Jahre wählen dann weit über 100.000 Beschäftigte des öffentlichen Dienstes die Gremien der betrieblichen Mitbestimmung neu. Dabei ist es aus Sicht des DGB Berlin-Brandenburg wichtig, dass die neuen Personalvertretungen auf eine möglichst große Rückendeckung durch die Beschäftigten zählen können, um deren Interessen in den Dienststellen wirksam zu vertreten. Denn die Aufgaben, die für den kommenden Wahlzeitraum zu bearbeiten sind, seien vielschichtig wie komplex. Umso wichtiger sei es, dass starke Personalvertretungen die Beschäftigten unterstützen: beim

Arbeits- und Gesundheitsschutz, bei der Arbeitsplatzgestaltung, bei personellen Angelegenheiten und bei der Aus- und Weiterbildung. Deshalb fordern DGB Berlin-Brandenburg und seine Mitgliedsorganisationen die Beschäftigten auf, zur Wahl zu gehen oder aber die Möglichkeit der Briefwahl zu nutzen.

BRANDENBURG

BESCHLEUNIGTER AUSBAU VON GANZ-TAGSANGEBOTEN FÜR GRUNDSCHULEN

Grünes Licht gab das Kabinett für den beschleunigten Ausbau von Angeboten der ganztägigen Bildung und Betreuung für Grundschul-kinder im Land Brandenburg. Es stimmte der hierzu getroffenen Vereinbarung zwischen Bund und Ländern am 7. Oktober zu. Mit dem geschaffenen Konjunkturprogramm stellt der Bund den Ländern zum Ausbau von Angeboten der ganztägigen Bildung und Betreuung insgesamt 750 Millionen Euro zur Verfügung. Das Land Brandenburg wird davon rund 22,6 Millionen Euro bekommen. Laut Bildungs- und Jugendministerin Britta Ernst (SPD) wird das Geld für die Schaffung neuer Ganztagsbetreuungsplätze und die qualitative Verbesserung der bestehenden Angebote eingesetzt. Da der Bund die Förderkriterien sehr weit gefasst habe, könnten die Mittel zur Förderung von Planungs- und Baumaßnahmen bis hin zu Verbesserung der sächlichen Ausstattung von Schulen und Horten eingesetzt werden. Dies bietet die Chance, dass trotz der sehr kurzen Umsetzungsfrist gute Projekte gefördert werden, die die ganztägige Bildung und Betreuung in Brandenburg nachhaltig verbessern, so Ernst weiter.



Foto: istockphoto/kali9

BREMEN

FEUERWEHR EINSTIEGSAMT ANHEBEN

Die ver.di Betriebsgruppe der Feuerwehr in Bremen fordert die Anhebung des Einstiegsamtes bei der Bremer Feuerwehr von A 7 nach A 8. Schließlich würden die Eingangsvoraussetzungen, die Ausbildung und die spätere Tätigkeit im Feuerwehrberuf eine Anhebung des Einstiegsamtes rechtfertigen. Im Bereich des Justizvollzuges sei die Anhebung des Einstiegsamtes bereits beschlossen worden. Feuerwehrbeschäftigte sehen hier eine Ungleichbehandlung oder gar eine Geringschätzung ihrer eigenen Arbeit. Mit einer Delegation ist die ver.di Betriebsgruppe deshalb Anfang Oktober erneut vor das Gebäude des Senators für Inneres gezogen, um der Forderung Nachdruck zu verleihen. Der Innensenator begrüßte die Forderung von ver.di und sieht ebenfalls Handlungsbedarf. Zugleich verwies er aber darauf, dass die Anhebung des Einstiegsamtes im Justizvollzug eine Parlamentsinitiative gewesen sei. Insgesamt käme bei der Anhebung des Einstiegsamtes bei der Feuerwehr erschwerend hinzu, dass Bremen mit einer solchen Anhebung bundesweit eine Vorreiterrolle einnähme.

DER INNENSENATOR
BEGRÜßTE DIE
FORDERUNG UND
SIEHT EBENFALLS
HANDLUNGSBEDARF

HAMBURG

GESETZENTWURF ZUR GLEICHBEHANDLUNG VON LEHRKRÄFTEN BLOCKIERT

Seit Jahren macht sich die Gewerkschaft GEW auch in Hamburg für eine Verbesserung der Besoldung von Grundschullehrkräften stark und fordert deshalb Lehrkräfte der KMK-Typen 1 bis 3, zu welchen u. a. GrundschullehrerInnen zählen, mit A 13 zu besolden. Dies auch vor dem Hintergrund, dass im Grundschulbereich fast 90 Prozent Frauen als Lehrkräfte tätig seien und mit einer Anhebung der Besoldung endlich für mehr Gleichberechtigung gesorgt wäre. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen unterstützte diese Forderung nach Auskunft der GEW und unterzeichnete deshalb den „Schulfriedensvertrag“, gab somit Wort dafür, dass die Verbesserung für die genannten Lehrkräfte endlich stattfinden können. Mit Erstaunen habe die GEW deshalb die Blockade der 1. Senatsbefassung mit dem Gesetzentwurf A 13 am 22. September durch die GRÜNEN Mitglieder im Senat zur Kenntnis genommen. Die Gewerkschaft erwarte folglich des gegebenen Wortes, bei der nächsten Sitzung des Senats die 1. Senatsbefassung zu befürworten, um somit die Verbesserung der Besoldung möglichst zügig auf den Weg bringen zu können.

HESSEN

GEW SORGT FÜR DURCHBLICK BEIM VERBAND KOMMUNALER ARBEITGEBER

Einen überraschenden Besuch statteten KollegInnen der GEW dem Verband Kommunaler Arbeitgeber (VKA) Anfang Oktober ab. Mit Glasreiniger und Abzieher reinigten sie die Scheiben im Eingangsbereich der VKA-Geschäftsstelle. Damit wollten sie bei der VKA für klare Sicht in der aktuellen Tarifaufeinandersehung öffentlicher Dienst sorgen. Denn: „Scheinbar fehlt es den Arbeitgebern am nötigen Durchblick. Einerseits hören wir ständig lobende Worte über unseren Einsatz, dass Anerkennung sich aber auch auf dem Lohnzettel ausdrücken muss, scheint bei den Arbeitgebern nicht angekommen zu sein“, so Anne-Maren Horn, Erzieherin und Mitglied der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft, die an der Aktion teilnahm. Der „Putzgruppe“ der GEW geht es dabei nicht allein um das eigene Gehalt, betont Horn: „Dem Fachkraftmangel ist ohne eine Verbesserung der Bezahlung im öffentlichen Dienst nicht zu begegnen, wir kämpfen so auch für die Qualität unserer Arbeit.“

MECKLENBURG-VORPOMMERN

VORREITER BEI ALIMENTATION AB DEM DRITTEN KIND

Am 29. Juli veröffentlichte das Bundesverfassungsgericht seinen Beschluss (Entscheidung vom 04.05.2020 – Az.: 2 BvL 6/17 u. a.) zur teilweise verfassungswidrig zu niedrig bemessenen Alimentation von RichterInnen und StaatsanwältInnen mit drei und mehr Kindern in Nordrhein-Westfalen. Mecklenburg-Vorpommern geht nun als erster Dienstherr mit gutem Beispiel voran. Zunächst stellte es von sich aus einen Handlungsbedarf bezüglich der Alimentation ab dem dritten Kind fest und berechnete notwendige Erhöhungsbeträge beim Familienzuschlag. Jetzt setzt die Staatskanzlei mit einem im September veröffentlichten Erlass die Rechtsprechung um. Mit dem Erlass werden die analog zu den neuen Vorgaben berechneten monatlichen Zuschlagsbeträge für EmpfängerInnen von Dienstbezügen, die für dritte und weitere Kinder kinderbezogene Anteile des Familienzuschlags beziehen, bekannt gegeben. Die Auszahlung der Beträge soll mit den Bezügen für November bzw. Dezember erfolgen. Das Verfahren wurde eng mit dem DGB kommuniziert und abgestimmt.

NIEDERSACHSEN

BETRIEBS- UND PERSONALRÄTE-KONFERENZ 2020

Im Rahmen der 2. Niedersächsischen Betriebs- und Personalrätekonferenz 2020 werden am 2. November unter dem Thema *Mitbestimmt*,



Foto: istockphoto/into100

besser aufgestellt die Auswirkungen der COVID-19-Pandemie auf die Arbeitswelt diskutiert. Denn neben den Arbeitgebern und Dienstherrn seien auch Betriebs- und Personalräte an allen Stellen gefordert. Mit der Konferenz möchten die Veranstalter, das niedersächsische Ministerium für Wirtschaft, Arbeit, Verkehr und Digitalisierung und der DGB Niedersachsen ein Forum bieten, in welchem sich die Teilnehmenden gemeinsam über die aktuellen Herausforderungen austauschen können. Gute Beispiele für Mitbestimmung in Krisenzeiten sollen zudem aufgezeigt werden. Zugleich wolle man zukünftige Entwicklungen in den Blick nehmen und darüber diskutieren, wie bestehende Instrumente in der Mitbestimmung und Tarifbindung weiterentwickelt werden können. Veranstaltungsort ist das Messegelände Convention Center in Hannover, Anmeldeschluss ist der 23. Oktober.



Mehr dazu unter
niedersachsen.dgb.de/termine

NORDRHEIN-WESTFALEN

BEDINGUNGEN FÜR BESONDERS BELASTETE BESCHÄFTIGTE VERBESSERN

Ende August haben sich VertreterInnen des DGB NRW und der Landesregierung im Rahmen einer Arbeitsgruppe getroffen, um die Arbeitsbedingungen der Beschäftigten mit besonderen Belastungen, etwa in den Bereichen Feuerwehr, Polizei, Justiz und Schulen thematisiert. Der DGB NRW forciert für diese Beschäftigtengruppen Verbesserungen zum Ausgleich ihrer speziellen Belastungen. Denn Schicht- und Wechselschichtdienste und auch Wochenend- und

Nachtdienste brächten erhebliche Belastungen für die Gesundheit der Beschäftigten und für deren Familien mit sich. Stellschrauben zu Verbesserungen sieht der DGB NRW bei der Höhe der Zulagen sowie einer Vereinfachung der Voraussetzungen für deren Gewährung. Diese müssten sich an den Realitäten in den Dienststellen orientieren. Vorgeschlagen wurde seitens des DGB NRW auch, über eine Faktorisierung von besonders belastenden Dienstzeiten einen Ausgleich zu ermöglichen. Abzuschaffen sei hingegen die Kostendämpfungspauschale im Beihilferecht, um somit den Gesundheitsschutz indirekt zu verbessern.

Rheinland-Pfalz

NOVELLIERUNG DES POLIZEI- UND ORDNUNGSBEHÖRDENGESETZES

Mitte September stand die Anpassung des Polizei- und Ordnungsbehördengesetzes (POG) auf der Tagesordnung des rheinland-pfälzischen Landtags. Eine Forderung der Gewerkschaft GdP, den Einsatz von Bodycams in Wohnungen zu zulassen, wurde auch in dieser Abänderung des POG aufgrund verfassungsrechtlicher Bedenken nicht geschaffen. Die Landesvorsitzende der GdP Sabrina Kunz, die zuvor in einer ExpertInnenrunde im Innenausschuss angehört wurde, machte deutlich, dass das Versäumnis der Landesregierung eine verfassungskonforme Ermächtigungsgrundlage zum Einsatz der Bodycam in Wohnungen zu schaffen, von „mangelnden Gestaltungswillen oder fehlenden Mut“ geprägt sei. Zuvor hatte die Gewerkschaft in einer

Aktion, an der auch Landtagsabgeordnete teilnahmen, anschaulich aufgezeigt, wie hilfreich der Einsatz von Bodycams in Situation des täglichen Dienstes, bei Gewalt in engen sozialen Beziehungen sein könne. Deshalb fordere die Gewerkschaft auch weiter die Schaffung einer verfassungskonformen Ermächtigungsgrundlage zum Einsatz der Bodycam in Wohnungen.

SAARLAND

KONSTRUKTIVER MEINUNGSAUSTAUSCH: GEW TRIFFT MINISTERPRÄSIDENTEN

Bei einem Treffen im September von Ministerpräsidenten Tobias Hans (CDU) mit der GEW-Landesvorsitzenden Birgit Jenni hat die Gewerkschaft die Forderung nach einer Erhöhung der Bildungsausgaben noch einmal deutlich gemacht. Zwar erkenne die Gewerkschaft, dass die Landesregierung mit dem Nachtragshaushalt in die digitale Bildung investiere, dennoch sei beim Ausbau des Personalapparates an Schulen noch deutlich Luft nach oben. So brauche es für kleinere Lerngruppen eine verlässliche Lehrkräftereserve. Zudem gehe mit den stetig wachsenden Aufgaben der Inklusion, der Digitalisierung, des Ganztagsunterrichts und der Integrationsförderung ein deutlicher Mehrbedarf an LehrerInnen und pädagogischen Fachkräften einher. Deshalb hat die Gewerkschaft dem Ministerpräsidenten einen Finanzierungsvorschlag unterbreitet. Dieser sieht eine Tilgung der Corona-Schulden des Saarlandes analog zum Land Nordrhein-Westfalen über 50 Jahre vor – nicht wie im Saarland geplant über 30 Jahre. Mit dem freiwerdenden Geld kann die Finanzierung von bis zu 300 zusätzlichen Planstellen ermöglicht werden, so die Gewerkschaft.

SACHSEN

NEUE KOMMISSARINNEN FÜR DEN FREISTAAT SACHSEN

184 AbsolventInnen des 25. Jahrgangs der Hochschule der Sächsischen Polizei (FH) wurden Ende September zu KommissarInnen ernannt. Bereits seit dem 1. Oktober sind sie im Streifendienst, bei der Bereitschaftspolizei, der Verkehrspolizei oder der Kriminalpolizei im Einsatz. Fünf KriminalkommissarInnen des fünften Vorbereitungsdienstes Computer- und Internetkriminalitätsdienst werden nach Informationen des Sächsischen Staatsministeriums des Innern die Fachkommissariate in den Polizeidirektionen sowie das sächsische Cybercrime Competence Center im Landeskriminalamt verstärken. Im März 2020 wurden bereits 218 Frauen und Männer nach erfolgreicher Ausbildung zu PolizeimeisterInnen ernannt. Bis Mitte der 2020er-Jahre sollen 1.000 zusätzliche Bedienstete bei der sächsischen Polizei angestellt werden. Dazu wurde die Zahl der jährlichen Neueinstellungen in den Polizeivollzugsdienst auf 700 erhöht.



Foto: istockphoto/artas

SACHSEN-ANHALT

VOLKSBEGEHREN FÜR MEHR
LEHRKRÄFTE GESCHEITERT

Das Volksbegehren, welches vom Bündnis gegen Lehrermangel initiiert wurde, ist gescheitert. Das hat die GEW Sachsen-Anhalt Ende September mitgeteilt. Ziel des Bündnisses gegen Lehrkräftemangel war es, im Schulgesetz verbindlich festzuschreiben, wie viele LehrerInnen, PädagogInnen und SchulsozialarbeiterInnen pro SchülerIn eingesetzt werden müssen. Ein fester Personalschlüssel wäre eine bundesweit einmalige Regelung gewesen. Die für das Quorum festgeschriebene Zahl von 163.000 Unterschriften konnte jedoch nicht erreicht werden. Auch weil die Corona-Pandemie das Sammeln von Unterschriften und somit das Begehren insgesamt negativ beeinflusst hat, erklärte die GEW-Landeschefin, Eva Gerth. Sie machte zugleich deutlich, dass die gesammelten 77.000 Unterschriften dennoch nicht einfach ignoriert werden könnten und die Arbeit des Bündnisses deshalb weitergehen werde. Ein von der Landesregierung vorgeschlagener moderierter Dialog soll nun zu einem „Schulfrieden“ führen. In diesem wolle man über Personal- und Arbeits-



Foto: iStockphoto/stockfour

BSW-Bezügekonto der Commerzbank

Das kostenfreie Konto, das Geld hinzuverdient!*



Einmalige Vorteile für den Öffentlichen Dienst!

- + Mindestgeldeingang lediglich 1 Cent*
- + Gebührenfreie Kontoführung*
- + Beitragsfreie BSW-Nutzung*
Mit BSW bekommen Sie bei Ihren Einkäufen Geld zurück auf Ihr BSW-Bezügekonto.
- + B-Tarif für die ganze Familie:
Auch Ihre Kinder und Lebenspartner können das Konto eröffnen.

Stand Oktober 2020

Jetzt Konto eröffnen!

bsw-bezugekonto.de

Oder bei einer von rund
1000 Filialen der Commerzbank



* Kostenlos nur bei privater Nutzung, ab 0,01 Euro mtl. Mindestgeldeingang, sonst 9,90 Euro je Monat, belegloser Kontoführung und Nutzung von Commerzbank-/Cash Group-Geldautomaten. Zusätzlich fallen 2,50 Euro je Vorgang/Scheck für beleghafte Inlands-/SEPA-Überweisungen, Einzug von auf Euro ausgestellten Inlandschecks sowie je Bargeldaus- und Bargeldeinzahlung am Schalter der Commerzbank an. Diese und alle weiteren Bedingungen und Informationen finden Sie unter www.bsw-bezugekonto.de.

Info unter:

Telefon: 0800 444 00 14

(gebührenfrei; Mo - Fr: 8:00-19:00 Uhr)


bsw-bezugekonto.de


BSW. Der Vorteil für den Öffentlichen Dienst

volumen sprechen. Auch die Herausforderungen im Zuge der Digitalisierung sollten eine Rolle spielen, genau wie Schulbau und -sanierung.

SCHLESWIG-HOLSTEIN

ZUKÜNFTIG OHNE SACHGRUNDLOSE BEFRISTUNG

Das Kabinett der Landesregierung Schleswig-Holsteins hat am 22. September beschlossen, von dem Abschluss sachgrundlos befristeter Beschäftigungsverhältnisse in der unmittelbaren Landesverwaltung zukünftig abzusehen. Der DGB Nord und seine Mitgliedsorganisationen begrüßten diese lang geforderte Regelung ausdrücklich und verwiesen auf die Vorbildfunktion des öffentlichen Dienstes. Mit befristeten Arbeitsverträgen ginge für die Beschäftigten häufig eine fehlende berufliche wie private Perspektive einher. Dies sei nun vom Tisch, wenn auch nur für die Beschäftigten der unmittelbaren Landesverwaltungen. Denn für den Hochschulbereich seien Ausnahmen zugelassen. Die hiervon tangierten Bereiche werden laut Infor-

mation des Finanzministeriums einen gesonderten Erlass aus dem Ministerium für Bildung, Wissenschaft und Kultur des Landes erhalten. Zudem erfasse die neue Beschlusslage nicht die Beschäftigten der Kommunen.

THÜRINGEN

ANRECHNUNG DER REISE- UND WARTEZEITEN

Wie das Thüringer Finanzministerium am 15. September mitteilte, hat das Kabinett die übertarifliche Regelung zur Anrechnung von Reise- und Wartezeiten auf die Arbeitszeit für die Tarifbeschäftigten des Freistaats Thüringen beschlossen. Damit werden die Reise- und Wartezeiten von Tarifbeschäftigten in vollem Umfang auf die Arbeitszeit angerechnet. Für die BeamtInnen des Freistaats Thüringen gilt eine entsprechende Regelung bereits seit Ende des letzten Jahres. Der DGB Hessen-Thüringen begrüßte die beschlossene Regelung, mit der ein Schritt zur Harmonisierung zwischen den Beschäftigungsgruppen des öffentlichen Dienstes erzielt wurde.

Kundenmonitor Deutschland 2020
TESTSIEGER
Kundenzufriedenheit
Branche: Private Krankenversicherungen
Details unter www.debeka.de/kundenmonitor

debeka Versichern und Bausparen

**Wir haben die
zufriedensten Kunden**
in der privaten Krankenversicherung.

Info
(08 00) 8 88 00 82 00
www.debeka.de

Weiterlesen!

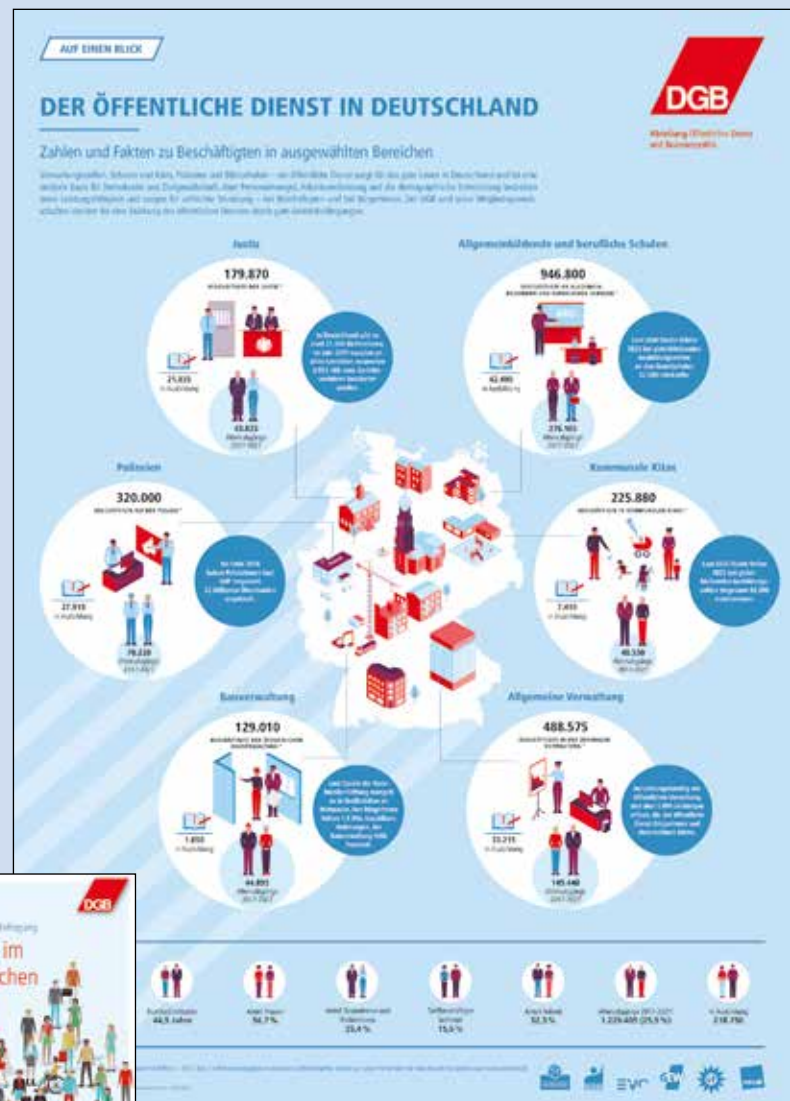
VERÖFFENTLICHUNGEN DER ABTEILUNG ÖFFENTLICHER DIENST/BEAMTENPOLITIK BEIM DGB-BUNDESVORSTAND



DGB Besoldungsreport

Veröffentlichung
im Herbst 2020

DGB Personalreport



Umfragen



Schwerpunkt-Broschüren

DGB Newsletter
Öffentlicher Dienst
und Beamtenpolitik:
www.dgb.de/beamte

KLINIKEN UND SONSTIGE GESUNDHEITSEINRICHTUNGEN

Klinik Graal-Müritz

Internistische und onkologische Erkrankungen. Die Therapie – eine Kombination aus Schulmedizin, Ganzheitsmedizin, Naturheilverfahren u.a.



www.Klinik-Graal-Mueritz.de



Gesundheitszentrum Oberammergau

Die Fachklinik am Kofel im Gesundheitszentrum Oberammergau ist bundesweit eine der führenden Adressen im Bereich Rehabilitation.



www.gesundheitszentrum-oberammergau.com



Stillachhaus Privatklinik

Renommierte Fachklinik für Psychosomatische Medizin und Psychotherapie. Die Klinik liegt über Oberstdorf im Allgäu auf einem sonnigen Hochplateau.



www.stillachhaus.de



Kliniken für Psychosomatik und Psychotherapie

Depressionen, Angststörungen, Burnout, Essstörungen, Posttraumat. Belastungsreaktionen, Persönlichkeits- und Psychosomatische Störungen.



www.dr-reisach-kliniken.de



Ev. MutterKindKlinik Spiekeroog, Dünenklinik

Erschöpfungszustände, psychosomatische Erkrankungen, Erkrankungen der Atemwege und der Haut, Erkrankungen des Bewegungsapparates.



www.duenenlinik.de



Klinik Sonneneck

Spezialisierte Fachklinik für onkologische und hämatologische AHB-, AR- und Reha-Maßnahmen sowie Mitbehandlung von Atemwegserkrankungen.



www.rehaklinik.net



Nordseeklinik Westfalen

Erkrankungen der Lunge und Atemwege: COPD, Asthma, Lungenemphysem, Alpha-1-Antitrypsinmangel, Erschöpfungssyndrom, Präventionsmaßnahmen.



www.nordseeklinik.online



Hier könnte „Ihr Empfehlungseintrag“ stehen...

Rufen Sie uns einfach an Christa Jäcker Tel. 0201 776251 oder schreiben Sie uns eine E-Mail: kontakt@marketing-oeffentlicher-dienst.de



www.marketing-oeffentlicher-dienst.de



EVG

TARIFVERTRAG ZUM SCHUTZ VOR FOLGEN DER CORONA-PANDEMIE

Im September haben sich EVG und die Deutsche Bahn AG (DB AG) auf einen Tarifabschluss verständigt. Für die Gewerkschaft ging es dabei vor allem darum, für die knapp 324.000 Beschäftigten bei der DB AG (Stand 2019) „in schwierigen Zeiten einen drohenden Abbau von Arbeitsplätzen zu verhindern und Perspektiven... zu entwickeln“, betonte der designierte EVG-Vorsitzende, Klaus-Dieter Hommel. So

IN SCHWIERIGEN ZEITEN EINEN DROHENDEN ABBAU VON ARBEITSPLÄTZEN VERHINDERN UND PERSPEKTIVEN ENTWICKELN

wurde unter anderem zum Schutz vor den Folgen der Corona-Pandemie vereinbart, dass ab dem ersten Tag der Beschäftigung für die Laufzeit des Tarifvertrages, keine betriebsbedingten Kündigungen erfolgen. Zudem wurde festgelegt, dass bis zu fünfzig Tage Freistellung für die Kinderbetreuung (Alleinerziehende bis zu einhundert Tage), sowie bis zu zwanzig Tage Freistellung für die Pflege von Angehörigen für den Fall eines erneuten Lock-Downs zu gewähren sind. Trotz der schwer zu prognostizierenden wirtschaftlichen Entwicklung sei es darüber hinaus gelungen, eine moderate Lohnerhöhung auszuhandeln. Zum 01.01.2022 steigt deshalb das Entgelt um 1,5 Prozent. Als weiteren großen Teilverhandlungserfolg verzeichnet die Gewerkschaft, die DB AG darauf verpflichtet zu haben, auch in den nächsten Jahren mindestens 18.000 MitarbeiterInnen jährlich neu einzustellen. Die ist aus Sicht der EVG wichtig, damit das Unternehmen auch nach der Krise handlungsfähig bleibt. Der neue Tarifvertrag gilt ab dem 01.03.2021 und läuft bis zum 28.02.2023.

TVÖD

TARIFVERHANDLUNGEN ÖFFENTLICHER DIENST BUND UND KOMMUNEN

Seitdem 22. September steht die Ampel in den Tarifaueinandersetzung auf Warnstreik. Nachdem die öffentlichen Arbeitgeber von Bund und Kommunen auch in der zweiten Verhandlungsrunde, die am 19./20. September stattfand, kein Angebot vorgelegt haben, rief die Gewerkschaft ver.di deutschlandweit zu Warnstreiks auf. Die dritte Verhandlungsrunde ist für den 22./23. Oktober terminiert.

 unverzichtbar.verdi.de



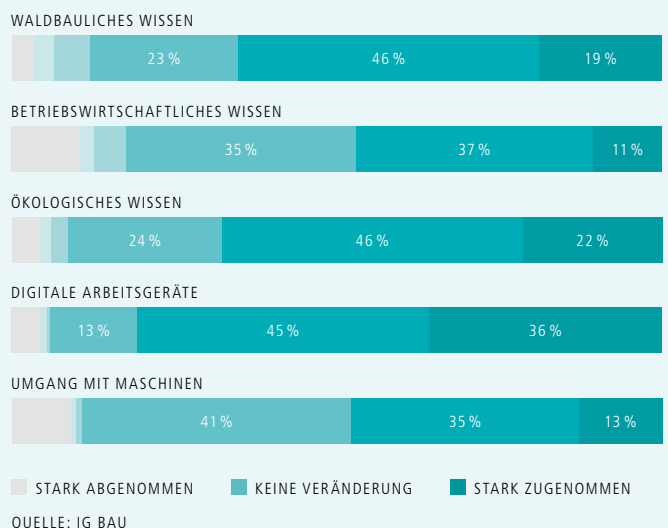
IG BAU

ARBEITSBELASTUNG IN DER FORSTWIRTSCHAFT GESTIEGEN

Die Ergebnisse einer von der IG BAU durchgeführte Onlineumfrage zum **WALD KLIMA SCHUTZ** bestätigen deutlich, dass die Arbeitsbelastung der Forstbeschäftigten im Zuge des Klimawandels in den letzten Jahren stark zugenommen hat. Dies betreffe ganz besonders die Tätigkeiten, die in direktem Zusammenhang mit den Waldschäden stehen, wie Neubestände begründen, Schadholzentfernung und Verkehrssicherung. Aber auch bei der Forstaufsicht, der Beratung oder Öffentlichkeitsarbeit sei eine deutliche Zunahme der Arbeitsbelastung zu verzeichnen. Hinzu komme, dass sich die Arbeitsanforderungen an vielen Stellen intensiviert haben. So sei das notwendige waldbauliche und betriebswirtschaftliche Wissen komplexer geworden und der Umgang mit neuen Technologien bzw. Maschinen und digitalen Arbeitsmitteln käme ebenfalls anspruchserhöhend hinzu. Nicht verwunderlich also, dass insgesamt 57 Prozent der Befragten sagen, dass die Fülle der Aufgaben in der vereinbarten Arbeitszeit nicht zu schaffen sei und sogar 87 Prozent der Ansicht sind, dass nicht genügend KollegInnen und MitarbeiterInnen vorhanden seien. Weitere Ergebnisse der Onlineumfrage, an der sich in der Zeit vom 18. Juni bis 31. August knapp 1.300 Forstbeschäftigte aus ganz Deutschland beteiligten, bietet die IG BAU auf ihrer Internetseite.

 www.igbau.de

ZU- UND ABNAHME ARBEITSANFORDERUNGEN INHALTLICH



DIGITALE WORKSHOPS

#TEAMMENSCH

Vergiss nie, hier arbeitet ein Mensch heißt die Initiative, mit der der DGB das Thema Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen und im privatisierten Sektor in den Mittelpunkt der Gesellschaft rückt. Denn viele Beschäftigten sind mittlerweile von Beleidigungen und Übergriffen durch BürgerInnen betroffen. Grund genug, um im Rahmen einer digitalen Workshop-Reihe Anregungen zu geben, wie sich Beschäftigte bei gewalttätigen Übergriffen schützen können und wo sie im Ernstfall Unterstützung finden. Thematisiert wird in dieser Workshop-Reihe auch, wie Interessenvertretungen, Arbeitgeber und Dienstherren solchen Fällen vorbeugen können. Antworten hierzu geben verschiedene ExpertInnen, die durch die Workshops führen werden. Die Workshops richten sich an Personal- und Betriebsräte sowie an Führungskräfte und alle Interessierten mit dem Ziel, Wissen weiterzugeben und einen Raum für Austausch zu schaffen.



18.11.2020 10 – 12 Uhr	Das Aachener Modell. Bedrohungen und Übergriffe an Arbeitsplätzen mit Publikumsverkehr strukturiert angehen.
25.11.2020 10 – 12 Uhr	Konfliktbewältigung und Deeskalationsstrategien
02.12.2020 10 – 12 Uhr	Hilfe für Betroffene nach Gewaltvorfällen im Dienst



Weitere Informationen und die Möglichkeit sich online anzumelden bietet unsere Internetseite: **mensch.dgb.de/teammensch**

QUIZ

ADVENTSKALENDER 2020

Wer die Wartezeit bis zum 24. Dezember mit interessanten Fakten zum öffentlichen Dienst überbrücken möchte, ist beim Adventskalender der Abteilung Öffentlicher Dienst und Beamtenpolitik genau richtig. Dieser macht aber nicht nur schlauer. Hinter fünf der Türen verstecken sich Gewinnfragen. Wer diese richtig beantwortet, kann mit einem Quäntchen Glück einen von zehn Preisen gewinnen. Viel Spaß!



Online ab 1. Dezember auf **www.dgb.de/beamte**

VERANSTALTUNGSHINWEIS

VER.DI-FACHTAGUNG BEAMTINNEN

Am 09.03.2021 wird in den Räumen der ver.di-Bundesverwaltung in Berlin die nächste beamtenpolitische Fachtagung stattfinden. Rund um das Thema *BeamtInnen für die Zukunft – Fachkräftebedarf und Personalentwicklung – eine Aufgabe für Betriebs- und Personalräte* wird die Fachtagung spannende Referate und Raum für Diskussionen bieten. Den Termin bei Interesse gerne schon einmal vormerken!



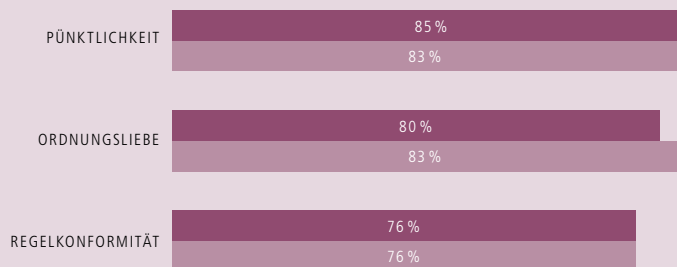
Die Ausschreibung folgt und wird online zu finden sein: **www.beamte.verdi.de**

ZAHLEN, DATEN, FAKTEN

Wie Ost- und Westdeutsche über deutsche Klischees denken

Am 3. Oktober feierten wir 30 Jahre Wiedervereinigung – 30 Jahre zuvor wurde also der Wiedervereinigungsvertrag zwischen der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland rechtskräftig. Das Unternehmen YouGov hat in diesem Zusammenhang gut 2.000 Deutsche u. a. dazu befragt, inwieweit sie Klischees zustimmen, die mit Deutschen verbunden werden. Das Ergebnis: Ost- und Westdeutsche sind sich einig.

Inwieweit treffen diese Ihrer Meinung nach zu oder nicht?



QUELLE: WWW.YOUGOV.DE | BEFRAGUNGSZEITRAUM VOM 24. – 26.08.2020

■ WEST
■ OST

Sie geben alles. Wir geben alles für Sie: mit der DBV Krankenversicherung.

Spezialist für den Öffentlichen Dienst. **DBV**

Auch wenn Sie gerade erst im Job eingestiegen sind, ist es wichtig, dass Sie fit und gesund bleiben. Profitieren Sie von den Vorteilen der **DBV Krankenversicherung** zur Beihilfe speziell für **Berufseinsteiger**. Mit erstklassigen Leistungen von Anfang an. Zu besonders günstigen Ausbildungskonditionen.

Lassen Sie sich von Ihrem persönlichen Betreuer in Ihrer Nähe beraten oder informieren Sie sich unter **www.DBV.de**.

Eine Marke der AXA Gruppe



Selbsthilfeeinrichtungen für den öffentlichen Dienst

Unser Angebot – Ihr Vorteil

RatgeberService und AboService

JA, hiermit bestelle ich folgende Ratgeber:

- ... Ex. **Rund ums Geld im öffentlichen Dienst***
- ... Ex. **Beamtenversorgung in Bund und Ländern***
- ... Ex. **Beihilfe in Bund und Ländern***
- ... Ex. **BerufsStart im öffentlichen Dienst***

Jeder Ratgeber kostet 7,50 Euro (zzgl. 2,50 Euro Versand). * Im AboService nur 5,00 Euro.

Bestellung

per E-Mail: info@d-b-w.de
per Telefon: 0211 7300335
per Telefax: 0211 7300275
Deutscher Beamtenwirtschaftsring e.V.
Ratiborweg 1 · 40231 Düsseldorf

Noch schneller geht es online unter: www.d-b-w.de



Bestellungen:

Noch schneller geht es online unter: www.d-b-w.de

Name, Vorname

Firma

Straße

PLZ, Ort

E-Mail

Konto-Nummer

BLZ

Bank

Unterschrift

Ich zahle / Wir zahlen per **Ermächtigung zur Lastschrift:**



Private Krankenversicherung

Leistungsstarke Gesundheitsvorsorge für Beamte



**Die HUK-COBURG ist ein starker Partner,
auch wenn es um Ihre Gesundheit geht:**

- Stabile und günstige Beiträge für Beamte und Beamtenanwärter
- Geld zurück: aktuell bis zu vier Monatsbeiträge Rückerstattung bereits ab dem ersten leistungsfreien Kalenderjahr – Beamtenanwärter erhalten sogar bis zu sechs Monatsbeiträge Rückerstattung
- kompetent für den öffentlichen Dienst – die HUK-COBURG ist der größte deutsche Beamtenversicherer

Wir beraten Sie gerne:

Adressen und Telefonnummern Ihrer Ansprechpartner finden Sie im örtlichen Telefonbuch oder unter www.HUK.de.

Oder rufen Sie direkt an: Telefon 0800 215315401.



HUK-COBURG

Aus Tradition günstig